

der Konferenz allein von der Sorge um den Frieden und um die heiligen Stätten der monotheistischen Religionen in Jerusalem bewegt würden. In der Antwort ging der Papst (vgl. „Osservatore Romano“, 2. 10. 69) gerade auf den konziliananten Ton dieses Briefes ein und beklagte jede Gewalttätigkeit besonders im Heiligen Lande und in Jerusalem. Zugleich schlage der Papst vor, daß Vertreter der drei monotheistischen Religionen den bedauernswerten Anlaß nutzen sollten, um den einzigartigen und heiligen Charakter Jerusalems und seiner heiligen Stätten zu erhalten.

In dieser Antwort wird das Problem auf seinen Kern zurückgeführt: Es gibt in Jerusalem heilige Stätten, die wegen ihrer besonderen Bedeutung auch eines besonderen Schutzes bedürfen. Es dürfte zwar kaum möglich sein, Repräsentanten der drei Religionen zu finden — denn wer sollte die Kirchen, wer das Judentum repräsentieren? —, aber die israelische Regierung hat wiederholt versichert,

daß sie bereit ist, den heiligen Stätten einen besonderen Status zuzuerkennen, wobei an eine Exterritorialität zu denken ist, die der diplomatischen Vertretungen ähnelt. Wie es scheint, sind in dieser Angelegenheit bereits die ersten Kontakte aufgenommen worden. Am 6. Oktober empfing Papst Paul VI. den israelischen Außenminister *Abba Eban* in Privataudienz. Dieser Besuch ist im Zusammenhang mit den Bemühungen des Papstes im Nahost-Konflikt zu verstehen. In einer Verlautbarung des vatikanischen Presseamtes heißt es, daß über die Möglichkeit einer friedlichen Lösung des Nahost-Konflikts, des Problems der Palästinaflüchtlinge und des Status der heiligen Stätten gesprochen worden sei. Papst Paul VI. habe dabei erneut bekräftigt, daß die Einstellung des Heiligen Stuhles einzig an den religiösen Motiven und an den christlichen Idealen der Humanität und der Liebe orientiert sei.

Dieser Verlauf der Bemühungen des Papstes hat wenigstens in Ägypten,

sicherlich aber auch in anderen arabischen Staaten, sehr negative Reaktionen hervorgerufen; schließlich hatte man in der Frage der heiligen Stätten auf ein muslimisch-christliches Zusammengehen gerechnet. In fast peinlicher Weise verlangt der außenpolitische Berater Nassers, *Fawsi*, vom apostolischen Pronuntius in Kairo Aufklärung über den Verlauf des Gesprächs zwischen Papst Paul und *Abba Eban* (obgleich ein sehr ausführliches Kommuniqué veröffentlicht wurde) und ließ es offenbar auch nicht an indirekten Drohungen gegen die Christen in Ägypten fehlen („Frankfurter Allgemeine Zeitung“, 9. 10. 69). In der ägyptischen Außenpolitik sind zwar solche spontanen selbstdecourrierenden Akte nicht gerade selten, es ist aber der Verdacht nicht von der Hand zu weisen, daß man in Kairo das sich anbahnende Gespräch zwischen Hassan II. und Papst Paul VI. unmöglich machen will, um die Ineffizienz der muslimischen Weltkonferenz unter Beweis zu stellen.

## Länderberichte

### *Südkoreas Entwicklungskrise*

Politische Beobachter sagen für die kommenden Monate heftige innenpolitische Auseinandersetzungen für Südkorea voraus. Für viele verknüpft sich damit sofort die Vorstellung von Studentenrevolten, die immerhin schon einmal, lange bevor die jetzt andauernde weltweite Studentenprotestbewegung einsetzte, eine südkoreanische Regierung zum Sturz brachten. Damals, im April 1960, waren Unregelmäßigkeiten bei Wahlen sowie massiver Druck, Terror und Mord seitens der Polizei und des Geheimdienstes Ursache der von Studenten ausgehenden Bewegung gegen den seit 1948 herrschenden Präsidenten der „Republik Korea“ (Südkoreas offizielle Bezeichnung im Gegensatz zur „Koreanischen Volksdemokratischen Republik“ im Norden des Landes), Syngman Rhee.

#### *Die Kandidatur von Park Chung Hee*

Heute ist die voraussichtliche Kandidatur des Präsidenten *Park Chung Hee* für eine dritte Amtsperiode ab 1971 Anlaß für die massiven Angriffe der Opposition, da hierfür eine Verfassungsänderung notwendig wäre und außerdem nach ihrer Meinung „die totale Diktatur besiegelt“ würde. Angesichts der seit 1961 anhaltenden Aufwärtsentwicklung in der Wirtschaft und der Stabilität Südkoreas sowie der wachsenden Bedrohung und Infiltration aus Nordkorea (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 365 ff.) ist nur zu hoffen, daß sich eine vernünftige und gewaltlose Klärung in dieser Frage herbeiführen läßt. Sah es Anfang des Jahres noch so aus, als wolle *Park Chung Hee* seine

eigene Entscheidung und damit auch den eventuellen Anlaß für Aktionen der Opposition zumindest bis Dezember hinauszögern, so scheint nun die oppositionelle „Neue Demokratische Partei“ (*Shinmin*) gewillt, von sich aus die Frage hochzuspielen. Da sie mit nur 47 der insgesamt 175 Abgeordnetenstimmen die Zweidrittelmehrheit für eine Verfassungsänderung nicht verhindern konnte, griff sie am 7. September zu einem sehr ausgefallenen Mittel: sie löste sich auf. 44 ihrer Abgeordneten wurden zunächst formell aus der Partei ausgeschlossen. Sie konnten aber nach südkoreanischem Gesetz ihre Abgeordnetensitze behalten. Dann löste man die Partei auf und nahm damit den drei Abgeordneten, die für die Verfassungsänderung stimmen wollten, ihre Mandate, da sie als ehemalige, nicht ausgeschlossene Mitglieder einer aufgelösten Partei keine Rechte als Volksvertreter mehr besitzen. In einem Gegenzug billigte das südkoreanische Parlament in Abwesenheit der Opposition, die zum gleichen Zeitpunkt ein Sit-in im Parlamentssaal veranstaltete und nicht von der Verlegung des Abstimmungsortes unterrichtet worden war, mit 122 zu Null Stimmen die Verfassungsänderung. Nachdem das Ergebnis der Volksabstimmung vom 17. Oktober 65,5 % zu seinen Gunsten erbracht hat, ist die taktische Drohung *Park Chung Hees*, für den Fall, daß er nicht die einfache Mehrheit für den Entwurf erringen kann, zurückzutreten, hinfällig geworden. Zur Zeit scheint er beim größten Teil der Bevölkerung noch hoch im Ansehen zu stehen, wobei man sich weitgehend nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten richtet. Die kleine, aber

zähe Opposition findet sich hauptsächlich unter Studenten, Intellektuellen und unter der städtischen Bevölkerung. Allzu leicht wird sie wegen ihrer Kritik an der Regierung als „kommunistischer Vortrupp“ angesehen. Wenn auch feststeht, daß trotz des seit 1948 bestehenden Verbotes einer kommunistischen Partei verschiedentlich Untergrundgruppen, vom Norden begründet und unterstützt, anzutreffen sind, so geht diese pauschale Verdächtigung aller kritischen Stimmen doch weit über das für die Sicherheit notwendige Maß hinaus. Nicht zuletzt die Entführung von Koreanern aus der Bundesrepublik vor zwei Jahren durch den südkoreanischen Geheimdienst machte deutlich, wie leicht „Beweise“ für prokommunistische „Tätigkeit“ zustande kommen, wenn man das Antikommunistengesetz von 1961 und das Gesetz für nationale Sicherheit zur Anwendung bringt. Dabei böten die durch schreckliche Erfahrung mit den Kommunisten während des Koreakrieges belehrten 29 Millionen Südkoreaner und die rund 600 000 Mann starke Armee bereits einen großen Rückhalt gegen Infiltration größeren Ausmaßes durch kommunistische Agitatoren.

### *Nicht mit europäischen Maßstäben zu messen*

Im übrigen wäre es aber wohl falsch, das Regierungssystem und die Demokratie Südkoreas nach westlichen Maßstäben zu messen, nicht nur, weil dies einer erneuten Überheblichkeit des Westens gleichkäme, sondern auch, weil typisch asiatische Gegebenheiten und Entwicklungen dabei völlig außer acht gelassen würden. Gerade die Geschichte Koreas macht deutlich, wie schwierig es für ein asiatisches Land ist, mit Tradition und westlichem Fortschrittsdenken, mit Kolonialvergangenheit und hochindustrialisierter Verlockung fertigzuwerden. Nach jahrhundertelanger gemäßigter Abhängigkeit von China, nach einem fürchterlichen Überfall durch Japan und anschließendem hermetischem Abschluß gegenüber der Umwelt über mehr als 250 Jahre hinweg, nach gewaltsamer Öffnung der Grenzen 1876 und schließlich von 1910 bis 1945 dauerndem demütigendem Kolonialstatus unter den Japanern hätte die Kapitulation Japans endlich die Möglichkeit für das koreanische Volk bringen können, seinen eigenen Weg zu bestimmen. Doch die nach der sowjetisch-amerikanischen Zweiteilung des Landes „zwecks Entwaffnung der Japaner“ beginnende Entwicklung machte spätestens 1948 deutlich, daß auch diesmal die Koreaner wieder übergegangen und „verkauft“ wurden.

Um den Patrioten und lange Zeit im Ausland ausgebildeten Syngman Rhee gruppierte sich eine Regierung im Süden, der Kim Il Sung im Norden gegenüberstand. Nachdem der Norden Beobachtern der Vereinten Nationen den Zutritt verweigert hatte, konnten lediglich südlich des 38. Breitengrades unter UN-Aufsicht Wahlen stattfinden, aus denen Syngman Rhee erfolgreich hervorging. Die UN erkannten daraufhin am 15. August 1948 die Regierung der Republik Korea als „einzige legale Regierung an, die Korea und das koreanische Volk repräsentiert“. Diese Entscheidung gilt auch heute noch für die Weltorganisation.

Hatte schon die Teilung des Landes viel vom ursprünglichen Elan der hoffnungsvollen Koreaner von 1945 geraubt, so vermehrten der Angriff der Nordkoreaner vom 25. Juni 1950 mit dem folgenden, 1,7 Millionen Menschenleben fordernden Krieg und die sich nach dem Waffenstillstand immer stärker ausbreitende despotische Führung Rhees im Süden des Landes die Lethargie und das

Gefühl der Ohnmacht der Bevölkerung. Erst durch die unerschrockenen Aktionen der Studenten im März und April 1960, bei denen mehrere hundert Studenten von der Polizei bei Straßenkämpfen erschossen wurden, wuchs wieder das Selbstvertrauen einzelner Bevölkerungsschichten. Aber schon bald zeigte sich, daß die neue Zivilregierung unter *J. M. Chang* den enormen Schwierigkeiten und der Zügelung der vielfältig aufbrechenden politischen Aktivitäten nicht gewachsen war.

### *Importierte Demokratie?*

Am 16. Mai 1961 ergriff deshalb eine Gruppe hoher Militärs unter Führung von General Park Chung Hee in einem unblutigen Staatsstreich die Macht, „um der drohenden Anarchie zu begegnen“. Damals setzte die neue Führung die Verfassung außer Kraft. Den Verbündeten, den Vereinigten Staaten, die sich von den Ereignissen überrollt fühlten, versprach man — um weiterhin die von dort kommende, dringend benötigte Hilfe zu erhalten —, es gehe darum, die politische Korruption auszuschalten, die antikommunistische Front zu stärken und das Land in eine Richtung zu führen, die schon in absehbarer Zeit wirtschaftliche Unabhängigkeit bringen solle. Spätestens im Mai 1963 sollten dann wieder zivile und verfassungsgemäße Zustände eintreten. Zunächst jedoch übernahm überall das Militär die Gewalt, die Nationalversammlung wurde aufgelöst und eine umfangreiche Kampagne zur „Hebung der Moral“ und Verteidigungsbereitschaft gestartet. Die Landbevölkerung vertraute sich schon bald der neuen Führung an, während die Intelligenz ihr die Mitarbeit versagte. Nachdem im Winter 1962/63 politische Parteien wieder zugelassen wurden, schien sich das politische Leben etwas zu normalisieren, doch ließen die große Arbeitslosigkeit und die bis dahin geringen wirtschaftlichen Erfolge zum damaligen Zeitpunkt einen größeren Machtwechsel allgemein als gefährlich erscheinen. Park Chung Hee tat dann einen Schritt, der seiner Regierung mehr Glaubwürdigkeit und in der Folgezeit auch größere Erfolge brachte. Er trennte sich vom Militär, gründete die Republikanisch-Demokratische Partei und stellte sich damit zur Wahl für eine neue Zivilregierung. Am 16. Oktober 1963 wurde er zum Präsidenten gewählt, und auch die erste Wiederwahl am 3. Mai 1967 brachte ihm mit 51,4% der Stimmen gegenüber 40,9% für seinen Gegenspieler Posun Jun von der Neuen Demokratischen Partei den Vorsprung. In der Zwischenzeit hat er sich im Süden — trotz aller Vorbehalte wegen der strengen Handhabung der Antikommunistengesetze — eine beachtliche Position erworben, die besonders auf seinen Erfolgen bei der Durchsetzung der 1961 den Amerikanern gegenüber genannten Ziele beruht.

Im Februar 1962 legte Park Chung Hee seine Gedanken über die Zukunft des Landes in einem Buch nieder (*Ein Weg für unser Volk — Betrachtungen zum sozialen Wiederaufbau*, deutsch: Dong-a-Verlag, Seoul, Korea 1964). Dabei ging er besonders auf die speziellen koreanischen, durch die Geschichte bedingten Probleme einer eigenständigen Politik ein. Er faßte sie in drei Punkten zusammen: „Als erstes müssen wir uns über das verhängnisvolle Erbe, das uns unsere Geschichte hinterlassen hat, klar werden. Der Streit der Parteien, den wir von der Yi-Dynastie übernahmen, muß ausgerottet werden, und die Unterwürfigkeit, die uns aus der Zeit der japanischen Kolonialherrschaft blieb, darf nicht andauern... Zweitens müssen wir uns von Armut befreien. Im besonderen

müssen wir das chronische Elend der Landbevölkerung ausmerzen... Drittens müssen wir eine gesunde Demokratie errichten. Wir müssen aus dem Versagen der importierten Demokratie lernen, die in der koreanischen Wirklichkeit nicht Fuß fassen konnte, und müssen uns selbst bemühen, das Fundament für eine koreanische Form der Wohlfahrtsdemokratie zu finden... (a. a. O., S. 4 und 5). Wie viele andere koreanische Politiker beklagt auch er den „raschen Verfall unserer herkömmlichen Gesellschaftsstruktur“ durch „die vorschnelle Übernahme der westlichen Zivilisation“. Man dürfe nicht erwarten, „daß politisches Gedeihen und wirtschaftliche Entwicklung, die beide die besten Abwehrmittel gegen den Kommunismus sind, allein durch die Imitation der nur äußerlichen institutionellen Seite der Demokratie in Ländern wie Korea entstehen“ (S. 222). Er tritt ferner dafür ein, „nötigenfalls selbst undemokratische Notmaßnahmen“ zu treffen, „um die Lebensbedingungen der Völker Asiens zu verbessern“: „Aus diesem Grunde ist es beinahe unmöglich, daß die Regierung in Asien aus dem Volke kommt...“ Im übrigen fürchteten die Völker Asiens heute „Hunger und Armut mehr als irgendwelche Pflichten, die ihnen vom Totalitarismus auferlegt werden“ (S. 225).

Diese Einstellung scheint von den meisten der nicht-kommunistischen Länder Asiens in mehr oder weniger großem Umfang geteilt zu werden. Im eigenen Land machte er sich damit bei der Intelligenz nur Feinde. Doch vielleicht sollte man Park Chung Hee zugute halten, daß er die Situation des Großteils der koreanischen Bevölkerung realistischer einschätzt als manche der im Westen erzogenen und ausgebildeten Heimkehrer. Er kennt die Mentalität der mehr als 50% Koreaner, die in der Landwirtschaft arbeiten. Er hat bewiesen, daß er — selbst am 30. September 1917 in einer Bauernfamilie geboren und zunächst in der Provinz als Volksschullehrer tätig — sich für ihre Belange einsetzt. Für dieses sein Verständnis und seine Hilfe werden sie ihm, solange die Erfolge anhalten, wohl auch die Treue halten.

### *Problematische Rechtsstaatlichkeit*

Wichtig vor jeder Beurteilung oder gar Verurteilung der politischen Führung Südkoreas ist auch die Kenntnis der Gründe des sozio-ökonomischen Wandels und der kulturellen Konflikte. Nicht nur die jahrhundertlangen und besonders in der jüngsten Geschichte vermehrt auftretenden *demütigenden Erfahrungen* des gesamten, traditionell sehr stolzen Volkes sind ein zu berücksichtigender Faktor im politischen Leben der Republik Korea, sondern auch die Wandlungen im Bereich des früher wichtigsten Eckpfeilers des Volkes, der festen *Familienstruktur*. Aus konfuzianischer Tradition heraus galten die Ahnenverehrung und die Führung durch das Familienoberhaupt als wichtigste Voraussetzung für die Ordnung im Staate. Doch bereits durch die Kolonialisierung der Japaner zwischen 1910 und 1945, bei der der größte Teil des Grundbesitzes von koreanischen Grundbesitzern auf japanische Einwanderer übergang, veränderte sich das paternalistische System. Die später einsetzende Abwanderung in die Städte zerstörte weitgehend das Großfamilienystem, die Emanzipation der Frau trug ebenfalls viel zu der Zerstörung der traditionellen Ordnung bei. Gewiß klagen heute nur wenige über diese Entwicklung, doch fehlt es an neuen Leitbildern, an neuen Strukturen. Westliche Modelle können hier kaum der asiatischen Mentalität gerecht werden („Korean Quarterly“, Summer 1966).

Interessant und wichtig ist auch, daß trotz dieses noch andauernden Umbruchs die Mehrheit der Bevölkerung noch skeptisch gegenüber Recht und *Rechtsstaatlichkeit* ist. Dazu machte der Dozent der Rechte an der Yonsei-Universität in Seoul, *Pyong Choon Hahn*, schon vor einiger Zeit im Rahmen der Arbeit der Internationalen Juristenkommission folgende Angaben: „Vor allem ist das derzeit geltende und vollstreckte Recht nicht das Ergebnis der Lebensart des Volkes. Das Volk besitzt kein ‚wertvolles Erbe der Gesetzlichkeit‘, auf das es stolz sein könnte. Das gegenwärtige Recht ist von Europa nach Korea verpflanzt worden... Es gibt dem Koreaner gesetzliche Rechte; diesem widerstrebt es jedoch, sie auszuüben, da es traditionsgemäß nicht als ‚ehrenhaft‘ galt, seine Zuflucht beim Recht zu suchen. In früheren Zeiten, vor der Einführung des europäischen Rechtssystems, diente das Recht als ein System zur Beherrschung des Volkes... Das Wort ‚Recht‘ bedeutete in jeder Hinsicht das Gegenteil von Freiheit... Tatsächlich gab es nie eine Vorstellung von Freiheit, die man auch nur entfernt mit dem hätte vergleichen können, was sich ein Grieche oder ein Römer darunter vorstellte.“ Diese Einstellung des Volkes verstärkte sich noch durch das neue Rechtssystem, das die japanischen Kolonialherren mitbrachten, denn „das Recht war erneut ein Werkzeug der Unterdrückung — einer Unterdrückung, die um so verhaßter war, da sie durch eine Fremdherrschaft ausgeübt wurde“. Hinzu kam der verhängnisvolle Umstand, daß der Rechtsbruch geradezu als „patriotische Tat“ angesehen war. Dadurch stellt die Aufgabe, den schädlichen Widerstand des Volkes dem Recht gegenüber zu bekämpfen, bis heute die Regierung und die Juristen vor ein nur schwer lösbares Rätsel, das um so mehr der Lösung harret, als man ohne eine solche das Grundproblem einer gerechteren Regierungsform kaum beseitigen kann: „Die Rechtsstaatlichkeit wird als wesentlich für eine gut funktionierende Demokratie erachtet. Jetzt sagen wir jedoch, daß wir erst die Demokratie haben müssen, ehe wir die Rechtsstaatlichkeit erlangen können. Dies ist der *Circulus vitiosus*, in dem sich ein Entwicklungsland wie Korea bewegt.“

### *Oppositionelle Fermente*

Wenn man angesichts dieser Problematik die Entwicklung Südkoreas seit 1963, dem Jahre, in dem nach allgemeinen und nach UN-Beurteilung freien und korrekten Wahlen die parlamentarische Demokratie erstmals wirklich Fuß faßte, betrachtet, so muß man der Regierung Park Chung Hee ein anerkennendes Zeugnis ausstellen. *L. Stucki* glaubt dafür drei Hauptgründe zu sehen: die Presse, die junge Generation und die kluge Wirtschafts-Entwicklungs-Politik (vgl. *L. Stucki, Brennpunkt Ostasien*, Scherz-Verlag, Bern/München/Wien 1967, S. 116). Die *Presse*, durchaus in wichtigen Fragen an staatliche Weisungen und Überprüfung gebunden, kann sich heute zumindest offene Kritik an der Regierung erlauben. Sie hat sich im Rahmen der besonderen Situation des Landes eine eigene Rahmengesetzgebung verpaßt, die eine Art Selbstkontrolle darstellt. Auch der *Jugend* gesteht man in begrenztem Umfang Unruhe zu, greift jedoch sofort ein, wenn größere Aktionen ersichtlich sind. Lange Zeit genossen alle Studenten wegen ihrer führenden Rolle bei der Absetzung Syngman Rhees ein besonderes Prestige und eine Art „Unberührbaren-Status“, doch hat sich dies spätestens seit den heftigen Attacken der Studenten gegen ein

Abkommen mit Japan im März 1964 geändert. Die junge Generation macht besonders die Politik der absoluten Isolierung von Nordkorea nicht mehr in vollem Umfange mit. Sie glaubt, durch private Kontakte und unpolitische Führungnahme ließe sich manches in der verhärteten politischen Szenerie aufweichen und zum Besseren wenden. Hier trifft sie sich mit den Ansichten der Opposition, die ebenfalls den starren antikommunistischen Kurs für verhänglich hält. Vielleicht sind auf diesem Gebiete in Zukunft Änderungen zu erwarten, mit einer Anerkennung oder gar Zusammenarbeit hätte dies nichts zu tun. Außerdem fänden sich dafür in Südkorea auch kaum genügend Anhänger.

Mitternächtliche Ausgangssperre, Postzensur oder -beschlagnahme und weiter Einfluß des unmittelbar dem Präsidenten unterstellten Geheimdienstes CIA bieten der Opposition weiteren Stoff, die gegenwärtige Regierung als diktatorisch zu bezeichnen. Allerdings muß auch sie zugeben, daß wegen der ständigen Bedrohung aus dem Norden Vorsicht wirklich geboten ist. Hier wird ein weiteres Mal deutlich, welchen Änderungen ein demokratisches Modell unter Umständen in besonderen Situationen unterworfen werden kann oder muß. Man darf eben nicht vergessen, daß es in Korea nur einen Waffenstillstand gibt.

### *Kampf um wirtschaftliche Stabilität*

Zu diesen Image-Belastungen kommen die großen Anforderungen im Bereich der *Wirtschaft*, denen die Regierung gerecht werden muß. Nicht nur das durch die Situation des geteilten Landes bedingte 600 000-Mann-Heer, sondern auch die 4,5 Millionen Flüchtlinge aus dem Norden, die aufgenommen wurden, vergrößerten die Aufgabenstellung. Außerdem galt es einen Ausweg aus dem Dilemma zu finden, daß sich die meisten Bodenschätze und Industrieanlagen schon immer im nördlichen Teil des Landes befanden. Hinzu kamen der Kampf gegen den Analphabetismus und für eine gründliche Bildungsreform, die modernen Ansprüchen gerecht wird.

Offensichtliche Erfolge kann Park Chung Hee auf dem Gebiet der Wirtschaft aufweisen. „Auf sozialem Gebiet ging Korea ähnlich vor wie Formosa: die Großgrundbesitzer wurden durch die Landreform zu Industriellen gemacht, die Pächter zu selbständigen, landbesitzenden Bauern“ (L. Stucki, a. a. O., S. 118). Doch sind immer noch zu viele Menschen in der Landwirtschaft beschäftigt, so daß die Aufteilung des landwirtschaftlichen Einkommens noch nicht zu genügender Steigerung des Lebensstandards führt. Einen Ausweg böte verstärkte Industrialisierung, doch sind diese Projekte schwieriger zu verwirklichen. Im übrigen versucht die Regierung seit Ende 1967, statt einer Expansion um jeden Preis das Prinzip Stabilität und ausgewogenes Wachstum zu verfolgen und der Landwirtschaft mit hohen staatlichen Zuschüssen zu helfen. Bei der *Industrialisierung* geht man ähnlich vor wie im Japan der Meiji-Zeit, dem Schritt in die Moderne: Der Staat plant und finanziert die neuen Fabriken, übergibt sie aber später privaten Unternehmern. Privatkapital ist in dem noch armen Korea (Bruttosozialprodukt pro Kopf 135 Dollar) spärlich, die Regierung bringt die Mittel durch Steuern, Geldschöpfung und Auslandsanleihen auf. Die Inflation hat sie indessen eingedämmt (vgl. „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, 25. 1. 68). Überall in Korea lassen sich Zeichen des Fortschritts erkennen. Das Sozialprodukt wuchs von 1962 bis 1966 im

Schnitt um 8,3 %, 1967 bis 1968 sogar um 11 %. 1961 betrug der Export nur 43 Millionen Dollar, 1968 waren es bereits 500 Millionen Dollar. Der augenblickliche laufende Zweite Fünfjahresplan konnte bisher eingehalten werden, und man erarbeitet bereits Richtlinien für den dritten Plan ab 1972. 1957 war die koreanische Wirtschaft nach Aussagen von Park Chung Hee zu 52 % auf amerikanische Mittel angewiesen, 1969 ist die Wirtschaft zu 92 % unabhängig. Bis 1971 will man versuchen, in der Lebensmittelversorgung autark und von finanzieller Auslandshilfe weitgehend unabhängig zu sein (Pressekonferenz vom 25. 4. 69). Gaben die USA bisher die höchsten Kredite, so ist inzwischen Japan ein weiterer Kreditgeber großen Ausmaßes geworden. Direkte Unterstützung für ein Großstahlwerk will man von dort allerdings zur Zeit noch nicht gewähren, da dies die — nur theoretisch bestehende — Balance zwischen schwerer und leichterer Industrie des gesamten Korea stören würde. Mit dem Bau des Werkes müßte die südkoreanische Unabhängigkeit auch im *schwerindustriellen* Sektor hervorgehoben werden, was nach der Ansicht mancher Experten die Befürchtungen Nordkoreas, eine Wiedervereinigung werde in weite Zukunft hinaus nicht mehr möglich sein, bestätigen müßte („Neue Zürcher Zeitung“, 30. 8. 69). All diese Zahlen dürfen aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß es noch große Armut und Ungerechtigkeit in Südkorea gibt. Die Monatslöhne liegen meistens noch zwischen 60 und 120 Mark, sehr viele Bauern leben in ärmlichen Verhältnissen und müssen ausreichende Ernährung, eine schützende Unterkunft, ärztliche Betreuung und Maschinen für die Ernte entbehren.

Die Sorge um das *Bildungswesen* hat aner kennenswerte Erfolge erbracht: eine der höchsten Bildungsraten der Welt, die allerdings teilweise auch zu „akademischer Überproduktion“ führte. Viele Studenten kehren nach dem Auslandsstudium deshalb nicht zurück. Einflüsse aus dem Ausland haben sich als nützlich erwiesen, Privatinitiativen fanden dankbare Anerkennung. Theoretisch besteht allgemeine Volksschulpflicht. Wahrscheinlich wird die geisteswissenschaftliche Bildung noch zu stark bevorzugt, während technische Kenntnisse fehlen.

In allen diesen Bemühungen sieht die Regierung auch einen Beitrag zum Kampf gegen den Kommunismus. Sie konnte befriedigt zur Kenntnis nehmen, daß der Norden die Entwicklung im Süden immer skeptischer und mißtrauischer beobachtet. Wohlstand und Ruhe sind dort am wenigsten geschätzte Eigenschaften des „kapitalistischen“ südlichen Feindes. Auch auf außenpolitischem Gebiet verstärkt die Regierung in Seoul die Anstrengungen, mit der Entwicklung Schritt zu halten. Argwöhnisch verfolgt man die neue Asienpolitik von Präsident Nixon und sucht sich bereits für den Fall eines stärkeren amerikanischen Rückzuges aus Ostasien neue Freunde und starke Verbündete. Besonders Japan, mit dem man soeben erst gegen starke Opposition einen Schlußstrich unter jahrhundertelange Feindschaft setzte, soll helfend beispringen. Auch Nationalchina und Südvietnam werden verstärkt konsultiert. Wie ernst Südkorea Dank für erhaltene Hilfe und Vorsorge gegen ein weiteres Ausbreiten des Kommunismus nimmt, zeigt die Entsendung von rund 50 000 Soldaten an die südvietnamesische Front. Gleichzeitig sind weiterhin 55 000 US-Soldaten in Südkorea stationiert. Glücklicherweise hat es bisher keinen Anlaß für innenpolitische Unruhen durch Auseinandersetzungen zwischen religiösen Gruppen gegeben. In dieser Hinsicht zeichnet sich das Nachkriegs-Korea durch eine bemerkenswerte

Toleranz aus. Schon die wechselnde Führungsspitze macht dies deutlich: Syngman Rhee war Methodist, der für kurze Zeit amtierende Übergangspräsident J. M. Chang war führend in der katholischen Laienbewegung, und der jetzige Präsident ist Anhänger des Buddhismus, während seine Frau aus einer streng traditionell konfuzianischen Familie stammt und seine älteste Tochter 1965 mit Zustimmung der Eltern zum Katholizismus konvertierte. Vorbei sind zum Glück die Zeiten, da Syngman Rhee sich mit einer „The Cross over Korea“ betitelten und vom Außenministerium vertriebenen Broschüre als ein großer christlicher Staatsmann anpreisen ließ, wobei er die Etappen seiner Hinwendung zum Christentum mit großen Phrasen schilderte.

Eine über zehn Jahre hinweg (von 1952 bis 1962) durchgeführte Studie über die Religionszugehörigkeit der führenden koreanischen Politiker erbrachte, daß 32,5% einer der protestantischen Denominationen angehörten, während 13,3% Buddhisten, 17,5% Konfuzianer, 8,5% Katholiken, 0,3% Anhänger der Ch'ondokyo-Bewegung und 27,9% ohne Religionszugehörigkeit waren (vgl. Asian Survey, Juli 1963). Damit sind zwar die wichtigsten Religionsgruppen genannt, doch ergibt sich eine bemerkenswerte Verschiebung im Vergleich zur Religionszugehörigkeit der Gesamtbevölkerung. Zwar gibt es kaum genaue bzw. übereinstimmende Zahlen, doch kann man heute etwa davon ausgehen, daß 5% der Bevölkerung Buddhisten, 4,5% Protestanten (hauptsächlich Presbyterianer und Methodisten), 4% Konfuzianer, 1,5% Katholiken und 0,12% Anhänger der Ch'ondokyo-Gruppe sind. Die Volksreligionen Schamanismus und Animismus erfreuen sich weiterhin großer Beliebtheit, lassen sich aber wegen fehlender Organisation nicht zahlenmäßig erfassen. So gering die Prozentzahlen aussehen mögen, es läßt sich doch im Vergleich mit früheren Angaben ein bemerkenswerter Aufschwung aller Religionsgemeinschaften aufzeigen, der sich besonders dadurch auszeichnet, daß er der steilste Anstieg ganz Asiens ist und nicht nur eine Bevölkerungsschicht, sondern alle, auf dem Lande und in der Stadt, erfaßt hat, wobei vielmals eine Integration in traditionelle Glaubensrichtungen und Institutionen erfolgte.

Die Führungsrolle der Protestanten unter den christlichen Religionen ist zurückzuführen auf die Öffnung Koreas 1876 und besonders ein Abkommen mit den USA von 1882. Ein glücklicher Umstand, nämlich die ärztliche Hilfeleistung eines protestantischen Missionars bei der Verwundung des Prinzen, die eine besondere Gunst beim König zur Folge hatte, öffnete schließlich die Tore weit für amerikanische Presbyterianer und Methodisten. Doch schon gegen Mitte des 19. Jahrhunderts trat auch eine von christlichem Gedankengut inspirierte neue koreanische Religion auf den Plan, die sich im Gegensatz zur „Westlichen Lehre“, dem Christentum, als „Östliche Lehre“ (Tonghak) bezeichnete und ein Konglomerat verschiedener großer Religionen darstellte. Die stark nationalistische Bewegung, die zunächst die dringenden sozialen Aufgaben der Zeit, denen sich damals nur die Katholiken widmeten, als Katalysator für ihre Ausbreitung nutzte und sich dabei von dem Grundsatz leiten ließ, es werde eine „religiöse Führung im Lande eher als im Himmel oder in Rom benötigt, um die Farmer von ihrer unerträglichen Last zu befreien“ (Korea — Its Land, People and Culture of all Ages, Hakwon-Sa. Seoul 1960, S. 326), erlebte nach Zeiten der Verfolgung einen neuen Aufschwung und nahm 1905 den Namen „Ch'ondokyo“ oder

„Gesellschaft des Himmlischen Weges“ an. 1930 soll sie ca. zwei Millionen Anhänger gehabt haben, heute ist ihr Einfluß nicht mehr so groß. Ca. 25 weitere erwähnenswerte Splittergruppen machen heute von sich reden.

### *Christentum im Schatten „neuer Religionen“*

Bezüglich des Christentums und seiner weiteren Aufgaben und Chancen in Korea stellen sich die Verantwortlichen neuerdings ernste Fragen. Bereits in den vergangenen Jahren hatten einige wenige koreanische christliche Lehrer auf die zunehmende Desintegration der koreanischen Kirchen und den abnehmenden Einfluß der Christen aufmerksam gemacht, darunter Presbyterianer, Methodisten und ein katholischer Priester. Die Summe ihrer Überlegungen erschien bereits 1964 (Desolate Korean Religion: New Propositions to Make Christianity an Aboriginal Faith, „Sasanggye“, VII/1964, S. 192 ff.).

Besonders die Tatsache, daß neuerdings auch in Korea — wie in Japan — die Sinchongkyo, die „Neuen Religionen“, an Boden gewinnen, wirkt alarmierend, haben sie doch momentan einen größeren Zulauf zu verzeichnen als die christlichen Gemeinschaften. Die durch Säkularisierung und die Ernüchterung des Lebens in technisierter Umwelt hervorgerufene Leere wird hier plötzlich von dynamischen Religionen wie Park Changnokyo („Die Religion des älteren Park“), der „Olivenbaum-Sekte“, ausgefüllt. Ihr Gründer, Park Tae Sun, einst Funktionär in der Presbyterianischen Kirche, ist bekannt für seinen Mystizismus, seine strengen Moralgrundsätze und für die Errichtung neuer Städte, in denen seine Anhänger Fabriken betreiben (vgl. Spencer, J. Palmer, Korea and Christianity — The Problem of Identification with Tradition, Royal Asiatic Society, Seoul 1967, S. 108). Eine der wenigen ausführlichen Untersuchungen dieses Phänomens (F. Moos [University of Kansas], Some Aspects of Park Chang No Kyo — A Korean Revitalization Movement, in: Anthropological Quarterly, Washington 1964, S. 110 f.) beginnt mit der Bemerkung, daß manche der westlichen Beobachter die Auftritte dieser Gruppe ungewöhnlich oder gar amüsant finden mögen. Dabei sollten sie aber nicht vergessen, daß solche Bewegungen eine einmalige und bezeichnende Kapazität gezeigt hätten, um tiefen öffentlichen Enthusiasmus und konsequente zivile Aktionen zu bewirken, und das in einer Zeit, da diese beiden traditionellen Werte diskreditiert seien und neue Werte noch keineswegs genügend assimiliert seien. Anscheinend habe diese Bewegung sowohl einen Weg zur Überwindung der Leere als auch einen zur Überwindung trostlosen und armen Daseins gewiesen. In vielen Einzelheiten ähnelt diese neue Religionsgemeinschaft den nach dem zweiten Weltkrieg in Japan vielfach entstandenen „Neuen Religionen“, deren größte und bekannteste die Soka Gakkai ist. Diese japanische Bewegung hatte 1963 auch in Korea Fuß gefaßt und innerhalb kurzer Zeit in acht größeren Städten Südkoreas Zweige errichtet. Trotz des nicht geringen Zulaufs wurde sie am 15. Januar 1964 vom koreanischen Erziehungsministerium für illegal erklärt. Ähnlich schien zunächst Park Changnokyo auch zu blühen. Besonders die Regierung Syngman Rhee beobachtete vom Beginn der Tätigkeit im Jahre 1956 an die Arbeit ganz genau und beschimpfte den Begründer Park Tae Sun als „Mörder“ und „Kommunisten“. Seither stand er ständig im Mittelpunkt von Beschuldigungen — „Scharlatan, Häretiker, Schwindler, Betrüger“. 1959 wurde er zu zweieinhalb Jahren Gefängnis verurteilt, wegen seines

wachsenden politischen Einflusses jedoch schon bald wieder entlassen. Aber auch unter Syngman Rhees Nachfolger J. M. Chang machte man ihm wieder den Prozeß, die Kette der Vorwürfe wurde immer länger. Seiner Bewegung tat dies jedoch keinen Abbruch. Die Regierung Park Chung Hee läßt ihm größtenteils Freiheit und gab sogar offiziell zu einigen Projekten ihre Zustimmung.

Der heute 52jährige Park Tae Sun hatte bereits 1944, nach seiner Rückkehr aus Japan, eine Doppeltätigkeit ausgeübt, wie sie heute für ihn und seine Bewegung typisch ist. Neben Aufgaben in der Presbyterianischen Kirche betrieb er mit 340 Arbeitern die „Koreanische Präzisionsmaschinen-Gesellschaft“. Über verschiedene Stationen hinweg widmete er sich schließlich der Straßenpredigt. Bei einem solchen Treffen, an dem ca. 20 000 Menschen teilnahmen, soll er schließlich 1955 eine Vision gehabt haben, bei der „heiliges Feuer“ und „frisches Wasser“ direkt vom Himmel auf ihn herabgekommen seien. Kurz darauf soll ein Krüppel geheilt worden sein. Damals begann bereits die Verehrung, und er selbst bezeichnete sich als „einen aus dem Osten“, von dem Isaias (41, 1) bereits gesprochen habe. Er ging sogar so weit, den gesamten Vers so zu deuten, daß mit „Osten“ Korea gemeint sei, mit den „Küstenländern“ Japan — und dies Japan sei nun „ruhig“. Hier spielt er offensichtlich mit nationalistischen Emotionen.

Eine der ersten Aktivitäten der Bewegung nach Parks Ausschluß durch die Presbyterianer war die Gründung der „Christlichen Stadt Nr. 1“ für mehr als 20 000 Anhänger mit großen, gewinnbringenden Fabrikanlagen. Eine weitere Stadt für 100 000 Menschen befindet sich nach Angaben von F. Moos im Bau, während die Stadt Nr. 2 bereits am 20. Juli 1962 begonnen wurde. Als Zweiggründung für alle „externen“, d. h. nicht religiösen Betätigungen wurde zum gleichen Zeitpunkt die „Zion Foundation“ errichtet, die aus Abteilungen für Erziehung, Geschäft und Konstruktion besteht. Es gibt vom Kindergarten bis zur Universität alle Zion-Bildungseinrichtungen, es gibt Post-, Telefon-, Transport- und Elektrizitätssektionen. 1964 zählte die Bewegung 1,8 Millionen Anhänger, vom Analphabeten bis zum Universitätsprofessor. Ohne fremde oder Regierungshilfe entstand in kurzer Zeit ein größeres Netz von Zion-Institutionen. Bereits 1962 produzierten die Fabriken mehr als 50 verschiedene Produkte von „Christlichen Karamelbonbons“ bis zu Pianos, aber auch künstliche Blumen und Soya-Sauce werden bereits unter dem Markenzeichen „Zion“ ausgeführt. Glas-, Zement- und Stahlproduktion folgen.

Die Bezahlung der Arbeiter liegt unter dem koreanischen Durchschnitt, und doch machen die Anhänger mit, weil sie sich mitverantwortlich und als Mitbesitzer fühlen. Im übrigen bringen viele neue Anhänger ihr gesamtes Hab und Gut mit, manche verlassen ihre Familien, um sich dem „ewigen Leben im koreanischen Paradies“ zu widmen. Bei den Gottesdiensten steht die Predigt im Mittelpunkt, ansonsten erinnert sehr viel an die Presbyterianer. Die theologische Grundlage selbst ist äußerst verschwommen, so daß sich Vertreter der katholischen Kirche, als sie sich äußern sollten, ob es sich um eine häretische Gruppe handle, sagten, dies könne erst nach genauem Studium der Lehren und der Praxis erfolgen. Natürlich ist den protestantischen Gruppen eher an einer solchen Feststellung gelegen. Die Mitglieder der Bewegung selbst bezeichnen sich als „Wahre östliche Christen“, die ihre Anweisungen direkt vom Himmel und nicht von einer westlichen Spitze erhalten, und begegnen protestantischen Ver-

dächtigungen mit dem Hinweis, auch die Protestanten seien ja früher von den Katholiken als Häretiker verdammt worden. Es bleibt abzuwarten, wie sich diese Gruppe, deren Aktivität und Bedeutsamkeit von offiziellen Stellen zunehmend heruntergespielt wird, in den kommenden Jahren entwickeln wird.

### *Probleme der Christen*

Alle anderen Religionsgemeinschaften jedenfalls haben sich bereits zusammengeschlossen in der „Gesellschaft der Religionen Koreas“. Hier scheint die Zusammenarbeit — besonders im Hinblick auf spezielle koreanische Bedürfnisse — sehr gut zu gedeihen. Neben den verschiedenen christlichen Gruppen und Gemeinschaften sind auch die Buddhisten und die Ch'ondokyo darin vertreten. Der Dialog selbst hat zunächst unter den Christen begonnen, während es für eine Ausweitung auf die Buddhisten anscheinend nicht genügend Vorarbeit gibt. Die Buddhisten spielen in Korea nicht die Rolle, die sie etwa in Vietnam spielen, da in Korea bis 1910 der Konfuzianismus praktisch Staatsreligion war.

Die Protestanten bekamen den Erfolg Park Tae Suns am meisten zu spüren. Dennoch schätzt man die Zahl der Protestanten heute auf zwei Millionen. Sie haben im sozialen Bereich große Verdienste, hemmten ihre Aktivität in der letzten Zeit aber häufig selbst durch immer neue Aufspaltungen. So gibt es allein vier presbyterianische Kirchen. Priestermangel besteht nicht, ja allein das Theologische Seminar der Presbyterianer in Seoul hatte 1967 so viele Kandidaten wie alle indischen protestantischen Seminare zusammen. Die 600 protestantischen Gemeinden Seouls bilden das Herzstück des religiösen Lebens. Hier finden allmorgendlich um 5 Uhr Gebetsversammlungen statt. Neben der Evangelienverkündigung widmet sich die protestantische Kirche aber auch dem Schulwesen, der Krankenbetreuung und der Information durch eigene Rundfunksender. Mit erheblichen finanziellen Mitteln aus den USA entstand vielfach nach westlichem Vorbild eine christliche Präsenz in allen Lebensbereichen. Neuerdings hat dies die Frage aufgeworfen, ob man damit nicht die Kräfte zu sehr aufsplittet, ob man nicht zu sehr „abhängig“ werde, ja vielleicht sogar den typisch koreanischen Weg, der bei den neuen Religionen so erfolgreich ist, völlig außer acht lasse. Selbst die theologische Grundlage sei vielfach falsch gelegt, da man im konservativen westlichen Stil erzogen sei, sich dann aber — um „koreanisch“ zu werden — nicht mehr nach der Entwicklung im Westen gerichtet habe und nun, da man noch nichts Eigenständiges hat, im Konservativismus beharrt. Ebenfalls im Hinblick auf die neuen Gruppen fragt man sich, ob es richtig war, den Individualismus der Christen zu fördern.

Fast die gleichen Probleme stellen sich den Katholiken. Mit einem durchschnittlichen Jahreszuwachs von 44 500 während der vergangenen zehn Jahre erhöhte sich die Zahl der Gläubigen (1945 waren es erst 183 600) von 285 752 im Jahre 1957 auf 731 628 Mitte 1967.

Damit hat sich die katholische Kirche in Korea einen nicht zu übersehenden Stand erworben. Seit Errichtung der Hierarchie am 10. März 1961 ist Südkorea in 3 Erzdiozesen und 12 Diözesen eingeteilt. Aus der Tatsache, daß in Korea 2 koreanische und 2 ausländische Erzbischöfe (einer davon ist der Pro-Nuntius), 7 koreanische und 5 ausländische Bischöfe sowie 416 koreanische und 341 ausländische Geistliche tätig sind und nur 335 Pfarreien, jedoch 1882 Missionsstationen existieren

(Zahlenangaben nach „Korean Catholic Directory“, Seoul 1968), läßt sich der besondere Charakter der koreanischen Kirche bereits ablesen, der noch durch die Anwesenheit von 27 weiblichen und 14 männlichen Orden unterstrichen wird. In konsequenter Folgerung aus dieser besonderen Struktur zwischen einheimischer und Missionskirche kam es im Dezember 1968 zu einem ersten Treffen zwischen Mitgliedern des ständigen Komitees der koreanischen Bischofskonferenz und der Konferenz der höheren Ordensoberen der Männerorden in Korea und vom 21. bis 23. Januar 1969 zur ersten gemeinsamen Konferenz, auf der es um eine möglichst effektive gemeinsame Planung und Schwerpunktsetzung ging. Probleme wie das der verheirateten Diakone, Errichtung eines Nationalen Pastoralinstitutes und Intensivkurse für Priester, Schwestern und Laien wurden damals besprochen und werden seitdem diskutiert bzw. bereits gelöst.

Trotz des ständigen Anstiegs der Berufe und einer schon erfreulichen Zahl einheimischer Priester ist der Priestermangel erschreckend hoch, und auch die enorme Entlastung durch die 2305 männlichen und 1007 weiblichen Katechisten — besonders auf sozialem und pädagogischem Gebiet — reicht nicht aus. Da die koreanische Kirche nach den Philippinen, Vietnam und Ceylon den prozentual höchsten Anteil an Katholiken (bezogen auf die Gesamtbevölkerung) in ganz Asien aufzuweisen hat und die Zahl der Katechumenen im Vergleich zu den Getauften nirgends so hoch ist wie dort, zeigt sich auf diesem Gebiet momentan die größte Schwierigkeit. Die rapide Zunahme der Aufgabenbereiche und die große, noch immer nicht geschlossene Lücke, die der Koreakrieg in die Reihen der Katholiken riß (fünf Bischöfe, 82 Priester, zahlreiche Ordensangehörige und Seminaristen und Tausende Katholiken wurden damals ermordet), werden noch auf lange Sicht fast unüberwindbare Hindernisse bedeuten.

### *Wachsendes Prestige*

Auffallendes Merkmal ist, daß die katholische Kirche eine Kirche der Armen — und der Intellektuellen ist. Wichtigste Aufgabe der Kirche war und ist zunächst, den traditionellen Gemeinschaftsbegriff der Koreaner, der nur die Sippe unter der Führung des Vaters kannte, auszuweiten. Kam es mit Ende des Koreakrieges durch Zerstreuung der Sippen, Tötung vieler Eltern und Eigenverantwortung der alleinstehenden Kinder bereits zu einer abrupten Veränderung (vgl. Ditha Roithner: Kirche der Armen, „Theologisch-praktische Quartalszeitschrift“ 115, 1967/1, S. 71 ff.), so „schufen die Urbanisierung und der Zustrom der Menschen in die Städte auf der Flucht vor dem Krieg einen ganz neuen Sinn für die Freiheit, und im weiteren Verlauf führte das vielfach zu einer Absage an die traditionelle gesellschaftliche Ordnung und deren einengende Schranken. In dieser Umbruchsituation versucht nun die Kirche, dem Koreaner die Brüderlichkeit aller Menschen unter der Vaterschaft Gottes nahezubringen“ (S. 73). Man versucht in Einzelkontakten und -gesprächen, „auf einem neu erworbenen Selbstbewußtsein aufbauend, die Achtung vor jedem Menschen und den Willen, ihnen zu dienen“, herbeizuführen und weiterhin das autoritäre Vaterbild der Tradition durch „das Moment der liebenden Sorge des Vaters für jedes seiner Kinder“ zu ersetzen. Erst nach diesen Bemühungen konnte man sich in verstärktem

Maße den sozialen Aufgaben (unter Hinzuziehung von Koreanern) und dem Ausbau des Laienapostolates widmen. Katholischer Akademikerverband, Kath. Hochschuljugend, Frauenbewegung, Arbeiter und Landjugendbewegung haben mit viel Elan ihre Arbeit aufgenommen. Über die seit langer Zeit mit großer Einsatzfreude und Opferbereitschaft geleistete Sozialhilfe in 34 Krankenhäusern, 25 Ambulanzen, 26 Waisenhäusern, 8 Altenheimen, 16 Leprosorien, 94 Kindergärten und über 100 Bildungseinrichtungen von der Grundschule bis zum College hinauf (diese Aktivitäten sind etwa genauso auf protestantischer Seite anzutreffen) widmet sich die Kirche seit einiger Zeit weitergehenden und als Initialzündung wirkenden Projekten. Beeinflußt durch SELA (Komitee zur Förderung sozio-ökonomischen Lebens in Asien) und unterstützt von Misereor und anderen Hilfsorganisationen gründete man Arbeiterzentren und z. B. das „Institut für Arbeitsbeziehungen“ in Seoul. Neben der menschlichen und sozialen Betreuung der Arbeiter widmet man sich hier in Intensivkursen für Arbeitnehmer besonders der Schulung in den wichtigsten theoretischen und praktischen Grundlagen für ein unabhängiges, erfolgreiches Gewerkschaftswesen, um somit speziell das Versagen der ganz der Regierung ergebenden Gewerkschaften wettzumachen (vgl. dazu den ausführlichen Bericht: Modelle kirchlicher Sozialarbeit in Korea, „Die Katholischen Missionen“, Juli/August 1969). Einen ersten Erfolg in dieser Hinsicht konnte eine von der CAJ gegründete Gewerkschaftsgruppe im vorigen Jahr verbuchen, die die unhaltbaren und leider in Korea noch vielfach anzutreffenden Mißstände in einer Seifenfabrik brandmarkte: Kinderarbeit, 12-Stunden-Tag, 7-Tage-Arbeit, verspätete Lohnauszahlung. Nach Entlassungen, Verhaftungen und Fabrikschließungen als Folge dieser Aufklärungsarbeit setzten sich nicht nur der zuständige Bischof, sondern auch die koreanische Bischofskonferenz in offenen Briefen in den Tageszeitungen für die CAJ und deren Forderung nach freier Gewerkschaftsarbeit ein. Unter diesem und dem Druck der dadurch aufgerüttelten Bevölkerung entschuldigten sich die Verantwortlichen auf Arbeitgeber- und Regierungsseite für ihr Vorgehen, machten die Zwangsmaßnahmen rückgängig und versprachen eine Überprüfung der frühkapitalistischen Mißstände. Hatte die Bischofskonferenz im Sommer 1967 bereits „eine kurze, prägnante Zusammenfassung der päpstlichen Sozialenzykliken in der einprägsamen Form eines Glaubensbekenntnisses mit 19 Artikeln“ veröffentlicht und kurz zuvor einen hauptamtlichen Sozialreferenten für jedes Bistum zur Pflicht gemacht, so wurde jetzt erstmals dieses Konzept in der Öffentlichkeit demonstriert.

Dieser Durchbruch hat das Prestige der katholischen Kirche erhöht und gleichzeitig den einzig gangbaren Weg für die Zukunft gewiesen: Unabhängigkeit von jeder Interessengruppe, Solidarität mit den Unterdrückten und Einbettung der Kirche mit koreanischen Mitteln im koreanischen Volk. Es wäre schade, wenn durch die in letzter Zeit enorm angestiegenen Übertritte vom Protestantismus zum Katholizismus, die laut „Missi“ (10/1968) „in die Zehntausende“ gehen und „auf freier persönlicher Entscheidung nach reiflicher Überlegung beruhen“ sollen, diese neuen Grundlagen wieder erschüttert würden. Eifersüchteleien und Konkurrenzdenken sind soeben beseitigt und durch fruchtbare Zusammenarbeit besonders im sozialen Bereich ersetzt worden. Mehr als je zuvor bedarf Südkorea der Impulse und Mitarbeit aller Christen.